

ZUR US-REISE DER BUNDESKANZLERIN

Politischer Kommentar aus Washington

Das Treffen war überfällig, doch die Vorfreude auf beiden Seiten hielt sich in Grenzen. Ein Schneegestöber führte zur Verschiebung des ursprünglichen Termins. Letzten Freitag, am 17. März 2017, war es dann soweit: Der mächtigste Mann der Welt empfing die mächtigste Frau der Welt in seinem Amtssitz.

Christian Forstner, Leiter Verbindungsbüro Washington der
Hanns-Seidel-Stiftung

20.03.2017



ZUR US-REISE DER BUNDESKANZLERIN

Politischer Kommentar aus Washington

Angela Merkel hatte für zweieinhalb Stunden Gespräche im Weißen Haus einen weiten Weg auf sich gekommen. Weder Donald Trump noch Angela Merkel wollten sich erst auf den bis zum Sommer anstehenden großen internationalen Gipfeln kennenlernen, sondern schon im Vorfeld einen persönlichen Kontakt aufbauen. Zuviel steht auf dem Spiel, und zuviel ist Chefsache im Krisenjahr 2017: Europas Stabilität ist in Gefahr, die Sicherheitsarchitektur erodiert, Russland bleibt ein aggressiver und schwieriger Nachbar, und die USA glänzen nach der Wahl von Donald Trump nicht mit globaler Führungsstärke, sondern mit populistischen Parolen aus der Innenpolitik. Trump und seine Wähler haben mit Außenpolitik wenig am Hut, sie sind desinteressiert an globaler Ordnungspolitik. Sie lehnen die US-Führungsrolle für eine liberale Weltordnung als kostspielig und unnützlich ab. Sie begreifen internationale Organisationen als Einschränkung nationaler Souveränität und somit als Gegensatz zu einer America-First-Politik!

Die Signale aus Washington seit dem überraschenden Wahlsieg von Donald Trump waren ambivalent und immer wieder gespitzt mit Kritik an den westlichen Partnern. Trump hatte Merkels Migrationspolitik wiederholt als Desaster kritisiert und einen direkten Zusammenhang zwischen fehlender Flüchtlingskontrolle und dem Terroranschlag in Berlin gezogen. Umgekehrt war Angela Merkels Gratulation zu Trumps Wahlsieg reserviert ausgefallen. Sie verband ihr Glückwunschschreiben nach Washington mit dem Hinweis, dass die Zusammenarbeit unter dem Vorbehalt des amerikanischen Bekenntnisses zu gemeinsamen Werten stehe. Es knisterte also im Vorfeld des Gipfels. Die Wogen konnte auch Vizepräsident Mike Pence, der starke Mann der US-Politik nach Donald Trump, nicht ganz glätten. Er war im Februar nach München zur Sicherheitskonferenz gekommen mit einer klaren Botschaft: Die USA stehen zu ihren Partnern in Europa und der NATO. Von Trump war jedoch kaum Gutes über Europa zu hören: Wenig Eigenleistung in der Sicherheitspolitik, unterbewerteter Euro zum Schaden der US-Exporte, Handelsabkommen ohne Vorteile für Amerika, das waren Trump-Töne im Wahlkampf, die auch im Präsidentenamt nicht verstummten.

Inszenierung als Deal-Maker

Donald Trump sieht sich als Deal-Maker, er inszeniert sein Sieger-Image und präsentiert sich in der Öffentlichkeit als Überbringer von Erfolgsnachrichten. Trump liebt kurze Memos mit Grafiken, die anzeigen, dass die von ihm vorgegebenen Ziele erreicht werden. Im Reisegepäck von Angela Merkel waren auch ein paar positive Nachrichten. Die Verteidigungsausgaben steigen, die deutschen Unternehmen in Amerika investieren, sie bilden aus und beschäftigen über 500.000 US-Arbeitnehmer. Es war ein kluger Schachzug Merkels, die Chefs der drei großen deutschen Wirtschaftsunternehmen Siemens, BMW und Schöffler mitzunehmen. Das unterstreicht die Relevanz Deutschlands in der Sicherheits- und Wirtschaftspolitik. Echte Deals, die der neue Mann im Weißen Haus so sehr liebt, gab es aber nicht zu verkünden. Gute Stimmung wollte sich so nicht einstellen zwischen Trump und Merkel. Beim Foto-Shooting gab es keinen Hand-Shake, und als Merkel einen symbolischen Handschlag anbot, hörte Trump über ihre Worte hinweg.

Donald Trump hat durchaus Respekt vor Merkel, einer erfahrenen Krisenmanagerin in der EU und in Osteuropa, mit einem globalen Netzwerk auch in Afrika und Asien, zudem geübt im Umgang auch mit schwierigen Partnern wie Putin oder Erdogan. Merkel betonte, dass ein stabiles Europa auch im US-Interesse sei, sie unterstrich die Stärke der Geschlossenheit in der Russland-Politik, sie bekräftigte die westliche Wertegemeinschaft und sie stellte die Vorteile offener Märkte heraus. Angela Merkel verzichtete in Washington auf öffentliche Nadelstiche und auf alles, was als Trump-Kritik interpretiert werden könnte. Es gab keine öffentlichen Reden an Universitäten, keine symbolische Besuche in Museen, keine bilateralen Treffen im Kongress oder beim Verfassungsgericht. Angela Merkel legt Wert auf ein pragmatisches Arbeitsverhältnis. Damit punktet sie nicht kurzfristig, sondern festigt die Grundlagen für verlässliche transatlantische Beziehungen auch in unruhigen Zeiten. Dass man auch auf persönlichen Zugang zum US-Präsidenten aus sein kann, machte Japans Premierminister Shinzō Abe vor. Er traf sich mit Donald Trump auf dessen Lieblingssitz in Florida zum Golfspielen. First Lady Melania Trump und Akie Abe verlebten ein angenehmes Begleitprogramm. Die Stimmung war gut und in Folge dessen waren auch die harten US-Forderungen an die Adresse Japans schnell vom Tisch.

Unabgeschlossene Transition

Bei der US-Administration handelt es sich um eine unerfahrene Regierung mit einem Präsidenten an der Spitze, der nicht aus Politik oder Militär kommt und der einen ich-dominierten Politikstil mit unberechenbaren Elementen pflegt, wie seine morgendlichen Twittermeldungen regelmäßig unterstreichen. Manche Experten im In- und Ausland halten Donald Trump sogar für ein Sicherheitsrisiko. In seinem Business-Stil neigt er zu Verhandlungen und Vereinbarungen, die den Grundfesten westlicher Wertepolitik zuwider laufen. Mit Steve Bannon hat er einen gefährlichen Chefstrategen ins Weiße Haus geholt, der die US-Institutionen schwächen und den Staat zurückfahren will, Wirtschaftsnationalismus propagiert und international eine Politik des *divide et impera* betreibt.

Angela Merkel hielt sich mit Belehrungen an die US-Adresse zurück und widerstand der Versuchung, Außenpolitik aus innenpolitischen Motiven heraus zu machen. Bei Donald Trump hingegen überwiegt die Innenpolitik, ja mehr noch: Es geht um die politische Botschaft an die Trump-Wähler in den wahlentscheidenden Bundesstaaten des Mittleren Westen. Und diese Botschaft heißt *America First*. Donald Trump wird auch im Amt nicht zu einem „World Leader“ mit internationaler Führungsqualität wachsen.

Die „Transition“ zur neuen Regierung ist noch nicht abgeschlossen, viele entscheidende Posten in den Ministerien sind unbesetzt, es gibt unterschiedliche Machtzentren um den Präsidenten herum. Das Gipfeltreffen in Washington räumte keine transatlantischen Streitthemen ab, die USA wollen eine faire Lastenteilung und bessere Handelsabkommen für sich. Es bleibt unruhig in Washington, in Amerika dominiert die Innenpolitik, Merkels Besuch ist bald schon wieder eine Randnotiz. Darin liegt auch etwas Hoffnung: Ein innenpolitisch aufgeladenes Amerika mag sich außenpolitisch nach Stabilität sehnen. Eines wurde aber klar: Beim Blick auf das Ausland, auch auf Partner, sieht Amerika zuvorderst eigene Interessen.